



Medienmitteilung

Datum 27.04.2025

Auswertungsbericht 2024: Rassismuvorfälle aus der Beratungsarbeit

Das Beratungsnetz für Rassismuspfer hat im Jahr 2024 insgesamt 1211 Fälle rassistischer Diskriminierung dokumentiert und ausgewertet. Das sind 335 Fälle mehr als im Vorjahr, was einer Zunahme um knapp 40% entspricht. Die meisten Vorfälle ereigneten sich im Bildungsbereich, am Arbeitsplatz sowie im öffentlichen Raum. Sie betrafen am häufigsten Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit und Anti-Schwarzen Rassismus. Zudem zeigte sich eine starke Zunahme von Fällen von antimuslimischem Rassismus, und Antisemitismus blieb konstant hoch.

Seit Jahren steigen die Fallzahlen des Beratungsnetzes kontinuierlich an, die starke Zunahme im Berichtsjahr 2024 von fast 40% ist jedoch bemerkenswert. Der Grund dafür ist das Zusammenwirken verschiedener Faktoren. Einerseits spielen sowohl die Polarisierung des öffentlichen Diskurses als auch geopolitische Ereignisse eine Rolle. Andererseits hat die stetige Zunahme auch damit zu tun, dass das Angebot der Beratungsstellen bekannter wird und Betroffene sich in Fällen von rassistischer Diskriminierung schneller Hilfe holen.

Aus dem Bereich Bildung – und dort vor allem aus der obligatorischen Schule – wurden auch dieses Jahr am meisten Fälle gemeldet (insgesamt 19% aller Beratungsfälle). So meldete sich zum Beispiel eine Mutter, weil ihr Sohn in der Klasse ausgegrenzt wurde, und in der Schule rechtsextreme Symbole gezeigt und Hitlergrüsse gemacht wurden. Mit Unterstützung der Beratungsstelle haben die Lehrpersonen und Schulsozialarbeiterenden reagiert und konkrete Massnahmen getroffen. Die Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen in der Schule ist ein deutliches Zeichen, dass mehr Aufklärungsarbeit für Schülerinnen und Schüler, aber auch fortlaufende Weiterbildung und Bereitstellung von Präventions- und Interventionsmassnahmen für Lehrpersonen nötig sind. Die Schule muss ein sicherer Ort für alle sein.

Die am häufigsten genannten Diskriminierungsmotive sind weiterhin Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit mit 426 Meldungen (35% aller Fälle) sowie Anti-Schwarzer Rassismus mit 368 Meldungen (30% aller Fälle). Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit wurde am meisten in Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz gemeldet, während Fälle von Anti-Schwarzem Rassismus am meisten in der obligatorischen Schule vorkamen. Am stärksten zugenommen hat im Vergleich zum Vorjahr antimuslimischer Rassismus mit 209 Fällen, was 17% der Gesamtfälle entspricht. Antisemitismus bleibt mit 66 Fällen auf konstant hohem Niveau.

Rassismuserfahrungen lösen bei Betroffenen viel Leid aus und können im schlimmsten Fall schwere gesundheitliche Folgen haben. Sie führen aber auch zu einem Vertrauensverlust in Institutionen und gegenüber Mitmenschen. Rassismus ist damit eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und muss daher auch von der Gesamtgesellschaft anerkannt und bekämpft werden. Rassismuvorfälle müssen ernst genommen und analysiert werden, um daraus Massnahmen für alle Institutionen und Lebensbereiche zu entwickeln und umzusetzen.

Der Bericht kann auf Deutsch, Französisch und Italienisch unter www.network-racism.ch heruntergeladen und bestellt werden bei: Beratungsnetz für Rassismuspfer, Tel. 031 302 01 61, beratungsnetz@humanrights.ch.

Weitere Informationen

Nora Riss, Leiterin Beratungsnetz für Rassismuspfer, 079 586 25 18, nora.riss@humanrights.ch

Alma Wiecken, Geschäftsleiterin EKR, 058 463 36 58, alma.wiecken@gs-edi.admin.ch

Giulia Reimann, Stv. Geschäftsleiterin EKR, 058 463 12 62, giulia.reimann@gs-edi.admin.ch